

Aktive Gemeinde

www.waehlervereinigung.de – Februar 2008

Bürgerinformation der Wählervereinigung Für Koborn-Gondorf-Dreckenach


Über unsere Ziele für 2008, Ausgaben der Ortsgemeinde und den Start einer Bürgerinitiative

Viele gute Beschlüsse fasst der Rat, deren Umsetzung die Gemeinde nach vorne bringen könnten. Wo setzen wir dieses Jahr Schwerpunkte unserer Arbeit?


Im Juli 2007 prüfen Ratsmitglieder die Gemeindekasse für das Jahr 2006. Die Prüfer **aller** Fraktionen stellten Mängel fest. Ergebnis: Der Verwaltung kann kein sparsames und wirtschaftliches Verhalten bescheinigt werden.

Ende November 2007 gründet sich die Bürgerinitiative für Hochwasserschutz. Was wir davon halten.

Eine gute Information mit Ausgabe 5 von **Aktive Gemeinde**.



Michael Dötsch



Rudi Gilberg

**Mit uns immer
gut informiert!**

Was wir in 2008 erreichen wollen!

Viele Beschlüsse wurden seit 2004 gefasst, die die Gemeinde nach vorne bringen können. Die meisten einstimmig. Für folgende Schwerpunkte setzen wir uns in diesem Jahr ganz besonders ein:

Städtebausanierung

- ◆ Gestaltung des Quartier 6 im Einvernehmen mit den Anwohnern und Verzicht auf die Weiterführung des Bebauungsplanes
- ◆ Abstimmung mit dem Landesbetrieb Mobilität zur Finanzierung der Moselweggestaltung wie im Juli 2006 beschlossen

Moselvorgelände

Für die Erarbeitung eines Nutzungskonzeptes Freizeit und Erholung wurde ein von uns eingebrachter Antrag am 11.10.05 im Rat noch abgelehnt, dann aber am 13.11.06 einstimmig angenommen. Dennoch fehlt bis heute jegliche Umsetzung. Unsere Ziele:

- ◆ Ankauf der Flächen zwischen Tennishalle und Brücke
- ◆ Sofern kein Kauf möglich ist, zumindest Pflege der Flächen auf Kosten der Gemeinde
- ◆ Abstimmung mit den Fachbehörden zu Gestaltungs- und Fördermöglichkeiten für Freizeit und Erholung
- ◆ Kurzfristige Information des Rates zur Rechtssituation der Schrebergärten, damit eine Nutzung aufrechterhalten werden kann.

Ortsdurchfahrt Dreckenach

- ◆ Aufnahme des Ausbaus der Ortsdurchfahrt Dreckenach ins Landesstraßenprogramm ab 2009 wie am 31.01.05 und 05.07.07 einstimmig beschlossen

Entwicklung der Wanderwege und des Tourismus

- ◆ Wiederaufnahme der seit einem Jahr stillstehenden Gespräche mit der Planerin Frau Hicking zur Weiterführung des Gesamtkonzeptes

Friedhöfe

- ◆ Erstellung von Friedhofsordnungen für die Friedhöfe der Ortsgemeinde sowie Anlegen von Erd- und Splittbunker wie am 31.01.05 einstimmig beschlossen

Ausgaben der Ortsgemeinde

Am 05. Juli 2007 hat der Rechnungsprüfungsausschuss die Jahresabrechnung der Ortsgemeinde Koborn-Gondorf für das Jahr 2006 geprüft. Die Mitglieder Jörg Johann von der CDU, Hermann-Josef Baecker von der FWG und Hans Ramscheid von der Wählervereinigung überprüften die Buchungen und Belege, Kapital- und Schuldenstand.

Alle drei Mitglieder des Ausschusses stellten wesentliche Mängel fest. Diese wurden in einer dreiseitigen Liste zusammengestellt. **Einstimmig**, also von allen drei Prüfungsmitgliedern, wurde in der Niederschrift vermerkt, dass der Verwaltung kein sparsames und wirtschaftliches Verhalten bescheinigt werden kann.

Kein sparsames und wirtschaftliches Verhalten

Ungereimtheiten und nicht nachvollziehbare Ausgaben wurden z.B. in folgenden Punkten festgestellt:

• Weinprobe und Essen für 31 Personen

Noch aus der Rechnungsprüfung 2005 fehlt dem Rat eine Antwort auf die Frage, welche 31 Personen auf Kosten der Ortsgemeinde zu einem Essen und zu einer Weinprobe eingeladen worden sind. Der Ortsbürgermeister hat hierzu innerhalb eines Jahres keine Auskunft gegeben.

• Kostenloses Fräsgut für 5.709 Euro

In den Rechnungen finden sich Zahlungen von 2.934 Euro und 2.775 Euro als Transportkosten für Fräsgut, also insgesamt über 5.709 Euro.

Der Rat wurde nie darüber informiert, dass für die **angeblich kostenlosen** Lieferungen Rechnungen vorliegen, einen Beschluss des Rates gibt es nicht.

• Unsinnige und nicht notwendige Rechtsberatung

Zu dem Versuch, für das Moselvorgelände eine Ausnahmegenehmigung für den Bau eines Lebensmittelmarktes zu erhalten, beinhalten die Ordner eine Rechnung eines Rechtsanwaltes vom **18.08.2006** über 1.183,67 Euro. Abgerechnet wird damit insbesondere eine gemeinsame Besprechung in Koborn-Gondorf am

Aktive Gemeinde

www.waehlervereinigung.de – Februar 2008

Bürgerinformation der Wählervereinigung Für Koborn-Gondorf-Dreckenach

15.06.2005 (!), also ein Jahr früher. Die Rechnung ist gerichtet an die Ortsgemeinde Koborn-Gondorf, Herrn Ortsbürgermeister Wolff **Persönlich / Vertraulich**.

Die Inanspruchnahme eines Rechtsanwaltes hat der Ortsgemeinderat nie beschlossen. Eine Information der Ratsmitglieder über eine rechtliche Prüfung fand nie statt. Da zu diesem Zeitpunkt bereits klar war, dass eine Ausnahmegenehmigung nicht erteilt werden kann, war die Ausgabe unsinnig,

• Rechtsberatung für 6.803 Euro

Nicht nachvollziehbar ist, dass Rechnungen für die Vertretung im Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Koblenz gegen die Privatperson Werner Wolff als ehemaliger Geschäftsführer der Touristik und Kultur GmbH aus der **Gemeindekasse** beglichen wurden. Die Prüfung belegt folgende Zahlungen:

- Eine Vorschussrechnung vom 31.01.2006 über 1.392 Euro, gerichtet an den Ortsbürgermeister unter „Persönlich / Vertraulich“
- Eine Rechnung vom 24.08.2006 über 4.238,82 Euro für die „rechtliche Beratung und Vertretung in dem Ermittlungsverfahren vor der Staatsanwaltschaft Koblenz
- Eine weitere Rechnung über 1.172,18 Euro.

Insgesamt also 6.803 Euro!

Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Koblenz haben sich nicht gegen den Ortsbürgermeister gerichtet, sondern gegen die Privatperson Werner Wolff als Geschäftsführer der Touristik und Kultur GmbH. Dies geht aus den Unterlagen der Staatsanwaltschaft und aus dem Beschluss der 4. Strafkammer des Landgerichts Koblenz hervor.

Insolvenzverschleppung festgestellt

Das Verfahren wegen des Verdachts der Insolvenzverschleppung wurde gemäß § 153 a Strafprozessordnung beendet. Dies bedeutet

1. Ein Vergehen wurde festgestellt.
2. Vorläufig wurde von der Erhebung einer öffentlichen Klage abgesehen.
3. Dem Beschuldigten wurden Auflagen und Weisungen wie z.B. die Zahlung eines Geldbetrages erteilt.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat einstimmig, **also mit allen Stimmen** der Vertreter von CDU, FWG und Wählervereinigung das nicht sparsame und unwirtschaftliche Verhalten des Ortsbürgermeisters festgestellt. Frei und unbeeinflusst ist der Ausschuss im Juli 2007 zu diesem Ergebnis gelangt.

Ergebnis des eigenen Mitglieds missachtet

Dem Prüfungsergebnis ihres eigenen Mitgliedes ist die Mehrheitsfraktion nicht gefolgt. Im Gegenteil – die benannten Mängel wurden vom Fraktionsvorsitzenden als belanglos bezeichnet. Es ist schließlich nicht das eigene Geld.

Die Beanstandungen und unsere Forderung, sorgsam mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger umzugehen, sehen wir nicht als unangebrachte Meckerei an. Von Beginn unserer Ratsarbeit an haben wir deutlich gemacht, dass wir eine offene, bürgernahe und dem Gemeinwohl verpflichtete Arbeitsweise anstreben und diese auch im Rat von allen Beteiligten erwarten. Wir werden in diesem Punkt unsere Grundprinzipien nicht aufgeben und weiterhin verfolgen.

Zurückhalten von Kritik verhindert Verbesserung

Die Mehrheitsfraktion deckt seit drei Jahren das Verhalten des Ortsbürgermeisters in der Nichtausführung von selbst einstimmig gefassten Beschlüssen. Sie verzögert damit die Erledigung dringender Aufgaben wie die Freizeitgestaltung des Moselvorgeländes, die Ansiedlung eines Lebensmittelmarktes oder den Hochwasserschutz. Sie verhindert jede Notwendigkeit, wirklich offen und gemeinsam beschlossene Entscheidungen umzusetzen.

Wenn berechtigte Kritik als Meckerei abgetan wird, zeigt dies ein falsches Verständnis. Kritik, sofern an der Sache orientiert und mit guten Argumenten vorgetragen, dient dazu, ein besseres Ergebnis zu erreichen. Dies ist uns oft gelungen und dies bleibt weiterhin unser Ziel.

Bürgerinitiative für Hochwasserschutz

Seit vielen Jahren ist der Schutz vor Hochwasserschäden eine wichtige Thematik in der Ortspolitik. 2001 und 2002 werden dazu Untersuchungen durch das Ingenieurbüro Björnsen durchgeführt. Ziel ist es, eine Förderung vom Land Rheinland-Pfalz zu erreichen.

Im Wahlkampf 2004 steht der „Hochwasserschutz“ für alle Gruppierungen ganz oben in der Rangfolge. Dennoch passiert drei Jahre nichts.

Eine von uns erzwungene Informationsveranstaltung am 27. Juni 2007 gibt Auskunft. Die Ortsgemeindeverwaltung war seit 12. Juli 2002 darüber informiert, dass ein Hochwasserschutz von der Prüfbehörde „als unwirtschaftlich angesehen wird und nicht weiter verfolgt werden kann“. Die Bürger wurden darüber weder 2002 noch vor oder nach den Wahlen informiert.

Die Gründung der Bürgerinitiative begrüßen wir. Sie kann die notwendigen Informationen in die Bürgerschaft bringen und Druck erzeugen, zu einer möglichst guten Entscheidung zu gelangen.

Auch bei der Organisation einer Hochwasserhilfe sehen wir viele Möglichkeiten – zum Beispiel in der Einrichtung eines Notfalltelefons, verbesserter Vorhersageinformationen oder der direkten Nachbarschaftshilfe für die Betroffenen. Hieran arbeiten wir gerne mit.

Verantwortlich für den Inhalt:

Wählervereinigung Für
Koborn-Gondorf-Dreckenach

Für Koborn-Gondorf-Dreckenach